



Kanton Basel-Stadt

Darüber stimmen wir
am **24. November 2019** ab.

Vorlage 1
Totalrevision des
Übertretungsstrafgesetzes



	Seite
Vorlage 1 in Kürze	3
Vorlage 1 im Detail	4
Grossratsbeschluss vom 13. Februar 2019 betreffend Totalrevision des Übertretungsstrafgesetzes	
Argumente	6
Abstimmungsfrage und Empfehlung	8
Grossratsbeschluss	9
Informationen zur Stimmabgabe	23

Vorlage 1

Totalrevision des Übertretungsstrafgesetzes

Grossratsbeschluss vom 13. Februar 2019 betreffend
Totalrevision des Übertretungsstrafgesetzes



Vorlage 1 in Kürze

Totalrevision des Übertretungsstrafgesetzes

**Grossratsbeschluss vom 13. Februar 2019 betreffend
Totalrevision des Übertretungsstrafgesetzes**

Das Übertretungsstrafgesetz behandelt Straftaten von geringer Schwere. Die aktuelle Version ist veraltet und unübersichtlich geworden. Daher wurde es einer Totalrevision unterzogen. Die Revision beinhaltet neben zahlreichen anderen Themen auch neue Lärmvorschriften und die Aufhebung der Bewilligungspflicht für Lautsprecher tagsüber zwischen 07.00 und 22.00 Uhr.

► **Die Erläuterungen zur Vorlage finden Sie ab Seite 4.**

Abstimmung im Grossen Rat

An seiner Sitzung vom 13. Februar 2019 stimmte der Grosse Rat der Totalrevision des Übertretungsstrafgesetzes mit 73 gegen 14 Stimmen zu.

Referendum

Gegen diesen Beschluss des Grossen Rates wurde das Referendum ergriffen, weil eine Zunahme von Lärm und Konfliktpotenzial zu erwarten sei. Es kam mit 4853 gültigen Unterschriften zustande.

Abstimmungsempfehlung

Mit der Totalrevision wird das kantonale Strafrecht an die heutigen Lebensgewohnheiten angepasst sowie einheitlich und übersichtlich gestaltet. Regierungsrat und Grosser Rat empfehlen Ihnen deshalb, **JA** zur Totalrevision des Übertretungsstrafgesetzes zu stimmen.



Stimmverhältnis im Grossen Rat



Vorlage 1 im Detail

Totalrevision des Übertretungsstrafgesetzes

Grossratsbeschluss vom 13. Februar 2019 betreffend Totalrevision des Übertretungsstrafgesetzes

Das aktuelle Übertretungsstrafgesetz stammt aus dem Jahr 1978, ist veraltet und unübersichtlich. Teilweise weist es kaum mehr gebräuchliche oder missverständliche Formulierungen auf. Einzelne Sachverhalte entsprechen den heutigen Lebensgewohnheiten nicht mehr. Im Verlauf der Jahre wurden zudem neue Übertretungstatbestände teilweise in andere kantonale Erlasse eingefügt. Dies hat zu einer gewissen Uneinheitlichkeit und Unübersichtlichkeit geführt. Das Übertretungsstrafgesetz des Kantons Basel-Stadt ist deshalb vollständig revidiert worden.

Das kantonale Übertretungsstrafrecht

Die Kantone können Strafen für Übertretungen vorsehen, soweit sie der Bund nicht bereits geregelt hat. Übertretungen sind die schwächste Form einer Straftat und werden mit Busse bestraft. Es handelt sich typischerweise um Delikte wie Ruhestörung oder ungebührliches Verhalten.

Das revidierte Übertretungsstrafgesetz beinhaltet nur noch Übertretungstatbestände, die keinen Bezug zu einem anderen kantonalen Erlass haben.

Neu geschaffen werden ein Taubenfütterungsverbot und die Möglichkeit, Freierinnen und Freier zu bestrafen, die ausserhalb der Toleranzonen Prostitutionsdienstleistungen nachsuchen oder in Anspruch nehmen. Im Gesetz über den Denkmalschutz wird zudem eine Sanktionsmöglichkeit bei Widerhandlungen gegen Bestimmungen des Denkmalschutzes geschaffen.

Mit dem revidierten Übertretungsstrafgesetz werden auch die kantonalen Lärmvorschriften geändert: Die Nachtruhe dauert neu von 23.00 Uhr bis 07.00 Uhr (bisher von 22.00 Uhr bis 07.00 Uhr). Lautsprecheranlagen oder in elektronischen Geräten (zum Beispiel Smartphones) verbaute Lautsprecher dürfen neu zwischen 07.00 Uhr und 22.00 Uhr im öffentlichen Raum ohne Bewilligung benutzt werden. An Ruhetagen sowie zwischen 22.00 Uhr und 07.00 Uhr ist die Nutzung weiterhin nur mit einer

Bewilligung erlaubt. Zu jeder Uhrzeit gilt generell, dass kein Lärm verursacht werden darf, der über das üblicherweise zu tolerierende Mass hinausgeht.

Lärmvorschriften	Bisher	Bei Annahme des Grossratsbeschlusses
Allgemeine Nachtruhe	22.00 bis 07.00 Uhr	23.00 bis 07.00 Uhr
Lautsprecher	nur mit Bewilligung	07.00 bis 22.00 Uhr ohne Bewilligung 22.00 bis 07.00 Uhr nur mit Bewilligung

Beim Baden in öffentlichen Gewässern dürfen neu Badegeräte und Schwimmhilfen benutzt werden. Nicht eingelöste Schlauchboote oder Strandboote (zum Beispiel Luftmatratzen) bleiben weiterhin verboten. Beim Betteln ist nur noch das bandenmässige Betteln verboten.

Die bisher auf Verordnungsstufe geregelten Grundsätze des kantonalen Ordnungsbussenverfahrens werden in das Übertretungsstrafgesetz verschoben. Bei Delikten mit Motorfahrzeugen gibt es neu eine Haftung der Fahrzeughalterin oder des Fahrzeughalters. Fehlbare Personen ohne Wohnsitz in der Schweiz müssen den Bussenbetrag hinterlegen. Zudem wird eine gesetzliche Grundlage geschaffen, damit in bestimmten Ausnahmefällen neben uniformierten auch zivile Polizistinnen und Polizisten Ordnungsbussen erheben können.

Gegen diesen Beschluss des Grossen Rates wurde das Referendum ergriffen. Kritisiert werden einzig die revidierten Lärmvorschriften, namentlich dass Lautsprecher neu zwischen 07.00 Uhr und 22.00 Uhr im öffentlichen Raum ohne Bewilligung benutzt werden dürfen.



Vorlage 1 im Detail

Argumente der Gegnerinnen und Gegner

Im Zuge der Revision des Übertretungsstrafgesetzes wurde die Bewilligungspflicht für Lautsprecher auf der Allmend gestrichen. Gleichzeitig wurde der Beginn der allgemeinen Nachtruhe auf 23 Uhr verschoben, für Lautsprecher auf 22 Uhr festgesetzt. Dadurch wäre es erlaubt, auf dem gesamten Kantonsgebiet, in Wohnquartieren, in Parks, am Rhein, Lautsprecher an Werktagen von 7 Uhr bis 22 Uhr laufen zu lassen.

Wir haben dagegen das Referendum ergriffen, weil:

- ▶ eine Zunahme der Lärmimmissionen für alle zu erwarten ist,
- ▶ die allgemeine Bestimmung, dass Lärm, «... der über das üblicherweise zu tolerierende Mass am fraglichen Ort und zur fraglichen Zeit hinausgeht, gebüsst werden kann», nicht fassbar ist und Übertretungen damit nicht sanktioniert werden können,
- ▶ wer gestört wird, nun selbst abschätzen muss, ob der Lärm das «zu tolerierende Mass» übersteigt,
- ▶ die Bewilligungspflicht kein neues Verbot schafft, sondern die Fortsetzung einer bewährten Regelung ist,
- ▶ mit der Streichung der Bewilligungspflicht ein unnötiges zusätzliches Konfliktpotential im öffentlichen Raum geschaffen wird,
- ▶ andere grosse Schweizer Städte (Zürich, Winterthur, Aarau) und stadtnahe Gemeinden des Kantons Baselland (Allschwil, Muttenz) aus guten Gründen an der Lautsprecherbewilligung festhalten.

Die Nutzung der Allmend als Erlebnisraum hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Dies wird aber nur dann als Bereicherung empfunden, wenn es klare Regelungen gibt, die alle Anspruchsgruppen berücksichtigen. Eine attraktive Stadt schafft den Ausgleich zwischen Wohn- und Erlebnisraum.

Aus diesen Gründen empfehlen wir Ihnen ein
NEIN zur Revision des Übertretungsstrafgesetzes

Komitee gegen die Aufhebung der Lautsprecherbewilligung

Vorlage 1 im Detail

Argumente des Regierungsrates

▶ **Modern und übersichtlich**

Mit dem totalrevidierten Übertretungsstrafgesetz verfügt der Kanton Basel-Stadt über ein zeitgemässes kantonales Strafrecht. Tatbestände, die veraltet sind oder mittlerweile in andere Erlasse eingefügt worden sind, werden gestrichen. Die Grundsätze des kantonalen Ordnungsbusverfahrens werden in das Übertretungsstrafgesetz verschoben. Das verbessert die allgemeine Systematik des Gesetzes.

▶ **Zeitgemässe und ausgewogene Lärmvorschriften**

Die neuen Lärmvorschriften des Übertretungsstrafgesetzes entsprechen den heutigen Lebensgewohnheiten. Sie stellen einen politisch breit abgestützten Kompromiss dar, der die unterschiedlichen Interessen ausgewogen berücksichtigt.

Dem berechtigten Bedürfnis der Anwohnenden nach Nachtruhe wird Rechnung getragen: An Ruhetagen sowie zwischen 22.00 und 07.00 Uhr darf man weiterhin ohne Bewilligung keine Lautsprecher benutzen. Personen, die im öffentlichen Raum Musik hören, müssen auch tagsüber Regeln befolgen und die Lautstärke anpassen. Als generelle Grenze gilt, dass kein Lärm verursacht werden darf, der das üblicherweise zu tolerierende Mass übersteigt. Die Lautstärke ist zu jeder Zeit an die Situation und Umgebung anzupassen. Im Einzelfall werden die Polizei und die Strafverfolgungsbehörden Lärm über dem zu tolerierenden Mass bestrafen.

Für Lautsprecher bei Veranstaltungen und Standaktionen braucht es gemäss Strassenverkehrsverordnung auch künftig eine Bewilligung.



Vorlage 1 im Detail

Abstimmungsfrage und Empfehlung

Abstimmungsfrage

Wollen Sie den Grossratsbeschluss vom 13. Februar 2019 betreffend Totalrevision des Übertretungsstrafgesetzes annehmen?

Empfehlung

Regierungsrat und Grosser Rat empfehlen Ihnen, **JA** zum Grossratsbeschluss vom 13. Februar 2019 betreffend Totalrevision des Übertretungsstrafgesetzes zu stimmen.

Vorlage 1 im Detail

Grossratsbeschluss

Übertretungsstrafgesetz

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, gestützt auf Art. 335 des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937¹⁾, nach Einsichtnahme in den Ratschlag des Regierungsrates Nr. 17.13336.01 vom 27. März 2018 sowie in den Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission Nr. 17.13336.02 vom 19. Dezember 2018, beschliesst:

I.

1. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich

¹ Nach diesem Gesetz wird beurteilt, wer eine Handlung oder Unterlassung begeht, die zur Zeit der Tat in diesem oder einem anderen kantonalen Gesetz oder einer kantonalen Verordnung mit Busse bedroht ist.

² Die allgemeinen Bestimmungen dieses Gesetzes finden auf alle Übertretungen des kantonalen Rechts Anwendung, soweit die entsprechenden Erlasse keine abweichenden Vorschriften enthalten.

§ 2 Anwendbares Recht

¹ Die allgemeinen Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches und das Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht (Jugendstrafgesetz, JStG) vom 20. Juni 2003 finden auf alle Übertretungen des kantonalen Rechts entsprechende Anwendung, soweit dieses Gesetz oder andere kantonale Erlasse nichts anderes bestimmen.

² Die Bestimmungen der Schweizerischen Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO) vom 5. Oktober 2007, der Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung (Jugendstrafprozessordnung, JStPO) vom 20. März 2009 sowie der entsprechenden kantonalen Einführungsgesetze gelten für die Verfolgung und Beurteilung aller Übertretungen des kantonalen Rechts, soweit dieses Gesetz oder andere kantonale Erlasse nichts anderes bestimmen.

2. Übertretungstatbestände

§ 3 Ungebührliches Verhalten

¹ Mit Busse wird bestraft, wer durch ihr oder sein Verhalten andere Personen ernsthaft gefährdet oder trotz behördlicher Mahnung in unzumutbarer Weise belästigt

¹⁾ SR 311.0



oder die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung ernsthaft stört, ohne dass eine andere strafbare Handlung vorliegt.

§ 4 Diensterschwerung

¹ Mit Busse wird bestraft, wer Angehörigen der Kantonspolizei oder anderer Organe mit polizeilichen Kompetenzen die Ausübung ihres Dienstes erschwert oder ihren Anordnungen oder Aufforderungen nicht nachkommt, die sie innerhalb ihrer Befugnisse erlassen, namentlich die Angabe ihrer oder seiner Personalien verweigert oder unrichtige Angaben macht.

§ 5 Ruhestörung und Lärm

¹ Mit Busse wird bestraft, wer trotz behördlicher Mahnung vorsätzlich oder fahrlässig:

- an Ruhetagen oder während der Nachtruhe Lärm verursacht. Die Nachtruhe dauert von 23.00 bis 07.00 Uhr;
- an Ruhetagen oder von 22.00 bis 07.00 Uhr ohne Bewilligung im öffentlichen Raum Lautsprecheranlagen oder in elektronischen Geräten verbaute Lautsprecher benutzt;
- an Werktagen in der Zeit von 19.00 Uhr bis zum Beginn der Nachtruhe und von 12.00 bis 13.00 Uhr Haus- und Gartenarbeiten oder landwirtschaftliche Arbeiten verrichtet, die übermässigen Lärm verursachen;
- Lärm verursacht, der über das üblicherweise zu tolerierende Mass am fraglichen Ort oder zur fraglichen Zeit hinausgeht.

§ 6 Immissionen

¹ Mit Busse wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig durch vermeidbare Einwirkungen, namentlich Erschütterungen, Staub, Russ, Geruch, Abgase oder Licht, trotz behördlicher Mahnung andere Personen ernsthaft gefährdet oder in unzumutbarer Weise belästigt.

§ 7 Missachtung von Benützungsvorschriften und Verboten

¹ Mit Busse wird bestraft, wer:

- den behördlichen Vorschriften über das Betreten oder Benützen von allgemein zugänglichen Orten, namentlich Hausordnungen öffentlicher Parkhäuser sowie Haus- und Benützungsordnungen öffentlicher Sport- und Bewegungsanlagen, zuwiderhandelt;
- unbefugt Landungsstege der Schiffe, der Fähren, der Feuerlösch- und Polizeiiboote sowie Fischergalgen betritt;
- in öffentlichen Gewässern im Bereich von signalisiertem oder markiertem Badeverbot badet;
- in öffentlichen Gewässern nicht eingelöste Schlauchboote oder Strandboote benutzt oder an Schiffe heranschwimmt;
- von den Brücken in öffentliche Gewässer springt.

§ 8 Verrichten der Notdurft

¹ Mit Busse wird bestraft, wer in bewohntem, öffentlichem oder in bewohntem, allgemein zugänglichem Gebiet die Notdurft ausserhalb sanitärer Einrichtungen verrichtet.

§ 9 Betteln

¹ Mit Busse wird bestraft, wer andere Personen zum Betteln schickt oder als Mitglied einer Bande bettelt.

² Die durch Betteln erlangten Vermögenswerte können sichergestellt und eingezogen werden.

§ 10 Strassen- und Salonprostitution

¹ Mit Busse wird bestraft, wer im öffentlichen Raum oder an allgemein zugänglichen Orten ausserhalb der in einer Verordnung bezeichneten Örtlichkeiten (Toleranzzonen):

- in der erkennbaren Bereitschaft zur Ausübung der Prostitution potentielle Kundschaft anwirbt oder anzuwerben versucht;
- zum Zweck der Inanspruchnahme von Prostitutionsdienstleistungen mit Personen Kontakt aufnimmt, aufzunehmen versucht oder Prostitutionsdienstleistungen in Anspruch nimmt.

² Mit Busse wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig durch den Betrieb eines Salons Anwohnerinnen und Anwohner in unzumutbarer Weise belästigt.

§ 11 Versammlungen, Demonstrationen und Menschenansammlungen

¹ Mit Busse wird bestraft, wer:

- ohne Bewilligung oder trotz behördlichem Verbot bewilligungspflichtige Versammlungen oder Demonstrationen im öffentlichen Raum veranlasst oder durchführt;
- eine die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdende Menschenansammlung im öffentlichen Raum verursacht;
- den behördlichen Auflagen und Anordnungen, die im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei Versammlungen, Demonstrationen und sonstigen Menschenansammlungen im öffentlichen Raum getroffen werden, zuwiderhandelt;
- an Versammlungen, Demonstrationen und sonstigen Menschenansammlungen im öffentlichen Raum Waffen oder Gegenstände, die geeignet sind, Menschen zu gefährden oder Sachen zu beschädigen, mit sich führt. Die Waffen und Gegenstände können sichergestellt und eingezogen werden;
- sich bei bewilligungspflichtigen Versammlungen, Demonstrationen und sonstigen Menschenansammlungen im öffentlichen Raum unkenntlich macht. Die zuständige Behörde kann Ausnahmen bewilligen.

§ 12 Öffentliche Veranstaltungen

¹ Mit Busse wird bestraft, wer eine bewilligungspflichtige öffentliche Veranstaltung ohne Bewilligung durchführt oder den behördlichen Auflagen und Anordnungen zuwiderhandelt.

§ 13 Fasnacht

¹ Mit Busse wird bestraft, wer den polizeilichen Vorschriften über die Fasnacht zuwiderhandelt.

§ 14 Beeinträchtigung des öffentlichen Raumes und von öffentlichem und privatem Eigentum

¹ Mit Busse wird bestraft, wer:

- den öffentlichen Raum oder öffentliches oder privates Eigentum verunreinigt oder veranstaltet;



- b) unbefugt im öffentlichen Raum oder an öffentlichem oder privatem Eigentum Werbe- oder Informationsmaterial oder andere Anschläge anbringt oder anbringen lässt oder rechtmässig angebrachte Anschläge beschädigt oder verändert. Versuch und Gehilfenschaft sind strafbar. Das Anschlagmaterial kann sichergestellt und eingezogen werden.

² Die Beeinträchtigung privaten Eigentums wird nur auf Antrag verfolgt.

§ 15 Beeinträchtigung von Sicherheitsvorrichtungen

¹ Mit Busse wird bestraft, wer öffentliche oder behördlich vorgeschriebene Alarm-, Notrufs-, Rettungs- oder Schutzvorrichtungen unbefugt verwendet oder ausser Betrieb setzt, entfernt, unbrauchbar macht oder nicht fachgerecht wartet.

§ 16 Titelanmassung und unbefugte Berufsausübung

¹ Mit Busse wird bestraft, wer:

- a) sich als Inhaberin oder Inhaber eines akademischen Grades oder Titels bezeichnet, ohne diesen rechtmässig erworben zu haben, oder einen Grad oder Titel verwendet, der den Eindruck erweckt, sie oder er habe einen akademischen Grad oder Titel einer anerkannten oder akkreditierten kantonalen oder interkantonalen Hochschule rechtmässig erworben;
- b) sich öffentlich als Inhaberin oder Inhaber eines Diploms über eine absolvierte Ausbildung oder Befähigung ausgibt, ohne dieses rechtmässig erworben zu haben;
- c) ohne erforderliche Bewilligung einen Beruf ausübt, ein Gewerbe oder Handelsgeschäft betreibt oder den behördlichen Auflagen und Anordnungen zuwiderhandelt.

§ 17 Salzregal

¹ Mit Busse bis zum Doppelten der hinterzogenen Regalgebühr wird bestraft, wer den Vorschriften über das Salzregal zuwiderhandelt.

² Widerrechtlich gewonnenes, eingeführtes oder in den Handel gebrachtes Salz kann sichergestellt und eingezogen werden.

§ 18 Parkieren auf Privatboden

¹ Mit Busse wird bestraft, wer ohne Berechtigung Fahrzeuge auf Privatboden abstellt.

² Parkieren auf Privatboden wird nur auf Antrag verfolgt.

§ 19 Halten von gefährlichen Tieren

¹ Mit Busse wird bestraft, wer:

- a) ohne Bewilligung gefährliche Tiere hält oder den behördlichen Auflagen und Anordnungen zuwiderhandelt;
- b) vorsätzlich oder fahrlässig gefährliche Tiere nicht angemessen verwahrt oder unter Kontrolle hält oder Vorsichtsmassnahmen unterlässt, zu denen sie oder er nach den Umständen verpflichtet ist, oder nicht sofort Anzeige macht, wenn ihr oder ihm ein solches Tier entwichen ist.

² Die urteilende Behörde kann die Einziehung und fachgerechte Unterbringung, Unschädlichmachung oder Tötung des Tieres anordnen.

§ 20 Gefährdung und Belästigung durch Tiere

¹ Mit Busse wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

- a) durch Reizen oder Scheumachen von Tieren eine Gefahr für Menschen, Tiere oder Sachen herbeiführt;
- b) ein Tier auf Menschen oder andere Tiere hetzt oder pflichtwidrig von einem Angriff auf Menschen oder Tiere nicht abhält;
- c) als Eigentümerin oder Eigentümer oder als mindestens vorübergehende Halterin oder vorübergehender Halter von Tieren es unterlässt, dafür zu sorgen, dass andere Personen nicht durch Lärm oder anderweitig in unzumutbarer Weise belästigt werden.

§ 21 Füttern von frei lebenden Tauben

¹ Mit Busse wird bestraft, wer frei lebende Tauben füttert.

3. Ordnungsbussenverfahren

§ 22 Grundsätze

¹ Geringfügige Übertretungen des kantonalen Rechts werden in einem vereinfachten Verfahren mit Ordnungsbussen geahndet, wenn die Voraussetzungen von § 25 erfüllt sind.

² Der Höchstbetrag für eine Ordnungsbusse beträgt Fr. 300.

³ Vorleben und persönliche Verhältnisse der fehlbaren Person werden nicht berücksichtigt.

⁴ Das Ordnungsbussenverfahren ist kostenlos.

§ 23 Zuständige Polizeiorgane

¹ Ordnungsbussen werden durch uniformierte Angehörige der Kantonspolizei erhoben.

² Der Regierungsrat kann für bestimmte Übertretungstatbestände Ausnahmen vom Erfordernis der Dienstuniform bestimmen sowie Angehörige von weiteren in einem Gesetz ausdrücklich bezeichneten Organen mit polizeilichen Kompetenzen zur Ordnungsbussenerhebung ermächtigen. Sie haben sich gegenüber der fehlbaren Person unaufgefordert mit einem Dienstaussweis zu legitimieren.

§ 24 Voraussetzungen

¹ Das Ordnungsbussenverfahren wird angewendet, wenn:

- a) der betreffende Übertretungstatbestand auf der Ordnungsbussenliste aufgeführt ist;
- b) eine Angehörige oder ein Angehöriger des zuständigen Polizeiorgans die Widerhandlung selbst festgestellt hat;
- c) der Sachverhalt tatsächlich sowie rechtlich klar ist;
- d) die fehlbare Person dieser Erledigung zustimmt; und
- e) keine Ausnahmen nach § 26 vorliegen.

² Die Angehörigen des zuständigen Polizeiorgans haben der fehlbaren Person mitzuteilen, dass sie das Ordnungsbussenverfahren ablehnen kann.

§ 25 Ausnahmen

¹ Das Ordnungsbussenverfahren wird nicht angewendet, wenn:

- a) die fehlbare Person das 15. Altersjahr nicht vollendet hat;
- b) die fehlbare Person durch die Widerhandlung andere Personen gefährdet oder verletzt oder Sachschaden verursacht hat;
- c) der fehlbaren Person zusätzlich eine Widerhandlung vorgeworfen wird, die nicht auf der Ordnungsbussenliste aufgeführt ist;



d) die fehlbare Person das Ordnungsbussenverfahren für eine oder mehrere der ihr vorgeworfenen Widerhandlungen ablehnt.

§ 26 Zusammentreffen mehrerer Übertretungen

¹ Erfüllt die fehlbare Person durch eine oder mehrere Widerhandlungen mehrere Ordnungsbussentatbestände, werden die Bussen zusammengezählt, und es wird ihr eine Gesamtbusse auferlegt.

² Übersteigt die Summe der Gesamtbusse Fr. 600, werden alle Übertretungen im ordentlichen Verfahren beurteilt.

§ 27 Bezahlung

¹ Die fehlbare Person kann die Ordnungsbusse sofort oder innert 30 Tagen (Bedenkfrist) bezahlen. Die Ordnungsbusse wird mit der Bezahlung rechtskräftig.

² Bezahlt sie sofort, wird ihr eine Quittung ausgestellt, die ihre Personalien nicht nennt.

³ Bezahlt sie nicht sofort, hat sie ihre Personalien anzugeben und erhält ein Bedenkfristformular mit Einzahlungsschein, von dem eine Kopie beim zuständigen Polizeiorgan verbleibt. Bezahlt sie innert Frist, wird die Kopie des Bedenkfristformulars vernichtet.

⁴ Wird die Busse nicht innert 30 Tagen bezahlt, wird das ordentliche Verfahren durchgeführt.

§ 28 Fehlbare Personen ohne Wohnsitz in der Schweiz

¹ Bezahlt die fehlbare Person, die über keinen Wohnsitz in der Schweiz verfügt, die Ordnungsbusse nicht sofort oder lehnt sie das Ordnungsbussenverfahren ab, hat sie den Bussenbetrag zu hinterlegen oder eine angemessene Sicherheit zu leisten.

² Läuft die Bedenkfrist unbenutzt ab oder akzeptiert die fehlbare Person die Ordnungsbusse innerhalb dieser Frist ausdrücklich, wird der hinterlegte Betrag mit der Ordnungsbusse verrechnet. Die Verrechnung gilt als Bezahlung.

§ 29 Haftung der Fahrzeughalterin oder des Fahrzeughalters

¹ Wird die fehlbare Fahrzeugführerin oder der fehlbare Fahrzeugführer nicht anlässlich einer Widerhandlung, die mit einem Fahrzeug begangen wurde, angetroffen oder angehalten, wird die Ordnungsbusse der oder dem im Fahrzeugausweis eingetragenen Fahrzeughalterin oder Fahrzeughalter auferlegt.

² Der Fahrzeughalterin oder dem Fahrzeughalter wird die Ordnungsbusse schriftlich eröffnet. Sie oder er kann sie innert 30 Tagen bezahlen. Wird die Busse nicht innert 30 Tagen bezahlt, wird das ordentliche Verfahren durchgeführt.

³ Nennt die Fahrzeughalterin oder der Fahrzeughalter Name und Adresse der fehlbaren Fahrzeugführerin oder des fehlbaren Fahrzeugführers, wird gegen diese oder diesen das Verfahren nach Abs. 2 eingeleitet.

⁴ Kann mit verhältnismässigem Aufwand nicht festgestellt werden, wer die Widerhandlung begangen hat, hat die Fahrzeughalterin oder der Fahrzeughalter die Ordnungsbusse zu bezahlen, es sei denn, sie oder er macht im ordentlichen Strafverfahren glaubhaft, dass das Fahrzeug gegen ihren oder seinen Willen benutzt wurde und dies trotz entsprechender Sorgfalt nicht verhindert werden konnte.

§ 30 Sicherstellung und Einziehung

¹ Mit der Erhebung der Ordnungsbusse werden Gegenstände und Vermögenswerte sichergestellt, die nach diesem Gesetz oder anderen kantonalen Erlassen oder den

Art. 69 und 70 des Schweizerischen Strafgesetzbuches eingezogen werden können und mit der betreffenden Widerhandlung in Zusammenhang stehen.

² Die sichergestellten Gegenstände und Vermögenswerte gelten mit der Bezahlung der Ordnungsbusse als eingezogen.

§ 31 Ordnungsbusse im ordentlichen Verfahren

¹ Eine Ordnungsbusse kann auch im ordentlichen Verfahren ausgesprochen werden.

§ 32 Ausführungsbestimmungen

¹ Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten des Ordnungsbussenverfahrens in einer Verordnung und erstellt namentlich die Liste der Übertretungen, die mit Ordnungsbussen geahndet werden, mit den entsprechenden Bussenbeträgen (Ordnungsbussenliste).

II. Änderung anderer Erlasse

1. Gesetz über Niederlassung und Aufenthalt (NAG) vom 11. Januar 2017²⁾ (Stand 1. Juli 2017) wird wie folgt geändert:

§ 14 Abs. 1 (geändert)

¹ Wer den §§ 4, 5, 7 und 8 dieses Gesetzes zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft.

2. Gesetz über die Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung (EG StPO) vom 13. Oktober 2010³⁾ (Stand 1. Juli 2016) wird wie folgt geändert:

§ 37

Aufgehoben.

3. Advokaturgesetz vom 15. Mai 2002⁴⁾ (Stand 1. Juli 2016) wird wie folgt geändert:

Titel nach § 28 (neu)

VI^{bis}. Strafbestimmungen

§ 28a (neu)

Strafbestimmungen

¹ Mit Busse bis CHF 40'000 wird bestraft, wer:

- ohne Berechtigung die Tätigkeit einer Advokatin oder eines Advokaten ausübt oder ohne Eintragung in einem kantonalen Anwaltsregister berufsmässig Dritte vor den Gerichten des Kantons Basel-Stadt vertritt;
- ohne ein Anwaltspatent zu besitzen die Bezeichnung Advokatin oder Advokat, Anwältin oder Anwalt, Advokaturbüro oder Anwaltskanzlei oder gleichwertige Bezeichnungen verwendet.

4. Notariatsgesetz des Kantons Basel-Stadt vom 18. Januar 2006⁵⁾ (Stand 1. Juli 2016) wird wie folgt geändert:

Titel nach § 59 (neu)

IX^{bis}. Strafbestimmungen

²⁾ SG 122.200 ³⁾ SG 257.100 ⁴⁾ SG 291.100 ⁵⁾ SG 292.100



§ 59a (neu)

Strafbestimmungen

¹ Mit Busse bis Fr. 40'000 wird bestraft, wer:

- a) ohne Berechtigung die Tätigkeit einer Notarin oder eines Notars ausübt;
- b) ohne Berechtigung die Bezeichnung Notarin oder Notar, Notariatsbüro oder gleichwertige Bezeichnungen verwendet.

5. Gesundheitsgesetz (GesG) vom 21. September 2011⁶⁾ (Stand 10. Mai 2015) wird wie folgt geändert:

§ 63 Abs. 5 (neu)⁵ Die urteilende Behörde kann Gegenstände, die zu einer verbotenen Handlung gedient haben oder dazu bestimmt waren, einziehen.**§ 64a** (neu)

Verkaufsverbot von Tabakwaren an Minderjährige

¹ Mit Busse wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

- a) Tabakwaren an Minderjährige verkauft. Das Verkaufspersonal ist berechtigt und bei Zweifeln über die Volljährigkeit der Kundinnen und Kunden verpflichtet, das Alter mittels einer Ausweisprüfung zu kontrollieren;
- b) Tabakwaren über Automaten verkauft, es sei denn, die Betreiberin oder der Betreiber kann durch geeignete Kontrollen den Verkauf an Minderjährige verunmöglichen.

² Für die vom zuständigen Departement durchzuführenden Kontrollen können Testkäufe durch Minderjährige vorgenommen werden.**§ 64b** (neu)

Plakatwerbung für Alkohol und Tabakwaren auf privatem Grund

¹ Mit Busse wird bestraft, wer Plakatwerbung für alkoholische Getränke, Wein und Bier ausgenommen, oder für Tabakwaren auf vom öffentlichen Grund einsehbarem privatem Grund anbringt oder anbringen lässt.**§ 64c** (neu)

Hygienische Missstände und Schädlingsbekämpfung

¹ Mit Busse wird bestraft, wer den Vorschriften betreffend hygienische Missstände und Schädlingsbekämpfung zuwiderhandelt.

6. Gesetz betreffend das Halten von Hunden (Hundegesetz) vom 14. Dezember 2006⁷⁾ (Stand 1. Februar 2007) wird wie folgt geändert:

§ 21 Abs. 1 (geändert)¹ Wer den Vorschriften dieses Gesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft.

7. Gesetz betreffend die Bestattungen vom 9. Juli 1931⁸⁾ (Stand 1. Februar 2012) wird wie folgt geändert:

§ 32 (neu)

Strafbestimmungen

¹ Wer den Vorschriften dieses Gesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft.

8. Kantonales Gesetz über die Berufsbildung vom 12. September 2007⁹⁾ (Stand 1. Januar 2017) wird wie folgt geändert:

§ 51 Abs. 1 (geändert)

Strafbestimmungen (Überschrift geändert)

¹ Wer den Vorschriften dieses Gesetzes und dessen Ausführungsbestimmungen sowie den gestützt darauf erlassenen Anordnungen der zuständigen Verwaltungsabteilung zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft.

9. Gesetz über den Denkmalschutz vom 20. März 1980¹⁰⁾ (Stand 26. Januar 2014) wird wie folgt geändert:

Titel nach § 31 (neu)VI^{bis}. Strafbestimmungen**§ 31a** (neu)

Strafbestimmungen

¹ Wer den Vorschriften dieses Gesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft.² Vorsätzliche Übertretungen werden mit Busse bis zu Fr. 40'000 bestraft, fahrlässige Übertretungen mit Busse bis zu Fr. 10'000. Die urteilende Behörde ist nicht an diesen Betrag gebunden, wenn die Täterin oder der Täter aus Gewinnsucht handelt.

10. Gesetz betreffend die Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt (Polizeigesetz, PolG¹¹⁾) vom 13. November 1996¹²⁾ (Stand 13. Dezember 2015) wird wie folgt geändert:

§ 42 Abs. 2 (neu)² Sie kann Anwerbende von einzelnen Orten oder generell wegweisen, wenn Anzeichen dafür bestehen, dass bei der Anwerbung widerrechtliche, namentlich täuschende oder unlautere Methoden angewendet, oder Passantinnen und Passanten in unzumutbarer Weise belästigt werden.**§ 64 Abs. 4** (neu)⁴ Zuwiderhandelnde werden mit Busse bestraft.**§ 66 Abs. 3** (neu)³ Die Polizei kann nicht bewilligte Veranstaltungen jederzeit aufheben.**§ 66a** (neu)

Bewilligung für Feuerwerk und Schiessen

¹ Das Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen, namentlich Feuerwerks-, oder Knallkörper, und das Schiessen mit Waffen im Sinne der eidgenössischen Waffengesetzgebung in bewohntem, öffentlichem oder bewohntem, allgemein⁶⁾ SG 300.100 ⁷⁾ SG 365.100 ⁸⁾ SG 390.100⁹⁾ SG 420.200 ¹⁰⁾ SG 497.100 ¹¹⁾ Titel: Abkürzung redaktionell ergänzt ¹²⁾ SG 510.100

zugänglichem Gebiet oder an Orten, wo Menschen, Tiere oder Sachen unmittelbar gefährdet sind, bedürfen einer Bewilligung der Kantonspolizei.

² Wer ohne die erforderliche Bewilligung pyrotechnische Gegenstände abbrennt oder mit Waffen im Sinne der eidgenössischen Waffengesetzgebung schießt, wird mit Busse bestraft. Die pyrotechnischen Gegenstände und Waffen können sicher gestellt und eingezogen werden.

§ 66b (neu)

Bewilligung für Lautsprecher

¹ Der Betrieb von Lautsprecheranlagen oder in elektronischen Geräten verbauten Lautsprechern im öffentlichen Raum an Ruhetagen und von 22.00 bis 07.00 Uhr bedarf einer Bewilligung der Kantonspolizei.

§ 67a (neu)

Schliessung von Prostitutionssalons

¹ Die Kantonspolizei kann nach vorgängiger Androhung die Schliessung eines Prostitutionssalons anordnen, wenn durch dessen Betrieb Anwohnerinnen und Anwohner in unzumutbarer Weise belästigt werden. Bei der Interessenabwägung kommt dem Standort des Salons besondere Bedeutung zu.

11. Gesetz betreffend das Erbringen von Taxidienstleistungen (Taxigesetz) vom 3. Juni 2015¹³⁾ (Stand 1. Mai 2017) wird wie folgt geändert:

Titel nach § 14 (neu)

VII^{bis}. Strafbestimmungen

§ 14a (neu)

Strafbestimmungen

¹ Wer den Vorschriften dieses Gesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen sowie den gestützt darauf erlassenen Vorschriften und Anordnungen der zuständigen Behörden zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft.

12. Gesetz betreffend öffentliche Filmvorführungen und Abgabe von elektronischen Trägermedien (FTG) vom 9. Juni 2010¹⁴⁾ (Stand 1. Januar 2013) wird wie folgt geändert:

§ 13 Abs. 1 (geändert)

¹ Mit Busse wird bestraft, wer:

- (neu) zu einer Zeit, in der es gemäss § 3 nicht gestattet ist, vorsätzlich einen Film öffentlich vorführt;
- (neu) als Veranstalterin oder als Veranstalter einer öffentlichen Filmvorführung vorsätzlich einer Person Zutritt zu einem Film, einem anderen Film, einem Filmteil oder einem Vorfilm usw. gewährt, wenn diese Person das von Gesetzes wegen oder auf Anordnung der Medienkommission für diesen Film, anderen Film, Filmteil oder Vorfilm usw. und für den gegebenen Umstand geltende Zutrittsalter nicht erreicht hat;
- (neu) als Veranstalterin oder als Veranstalter einer öffentlichen Filmvorführung vorsätzlich das zugelassene Zutrittsalter weder am Eingang noch an der Kinokasse gut sichtbar bekannt macht;
- (neu) vorsätzlich einer weniger als 18 Jahre alten Person ein für diese nicht

¹³⁾ SG 563.200 ¹⁴⁾ SG 569.100

geeignetes Trägermedium wie einen Videofilm, eine DVD, ein Computer-, Konsolen- oder Videospiele oder ein vergleichbares Produkt zur Verfügung stellt, verkauft oder überlässt. Familienangehörige und Erziehungsberechtigte sind nicht strafbar;

- (neu) im Rahmen ihrer oder seiner Gewerbetätigkeit vorsätzlich elektronische Trägermedien wie Videofilme, DVDs, Computer-, Konsolen- oder Videospiele oder vergleichbare Produkte Personen, die das in den Empfehlungen der Herstellerinnen und Hersteller oder in den von der Medienkommission anerkannten Bewertungssystemen oder in der von der Medienkommission abgegebenen Beurteilung angegebene Alter unterschreiten, zur Verfügung stellt, verkauft oder an sie abgibt. Der Höchstbetrag der Busse ist CHF 20'000.

13. Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raumes (NöRG) vom 16. Oktober 2013¹⁵⁾ (Stand 1. Januar 2014) wird wie folgt geändert:

§ 48 Abs. 1 (geändert)

¹ Wer den Vorschriften dieses Gesetzes, dessen Ausführungsbestimmungen und den gestützt darauf erlassenen Verfügungen zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft.

14. Bau- und Planungsgesetz (BPG) vom 17. November 1999¹⁶⁾ (Stand 26. Februar 2017) wird wie folgt geändert:

Titel nach § 92 (neu)

5. Kapitel. VII. Strafbestimmungen

§ 92a (neu)

¹ Wer den baupolizeilichen Bestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft.

§ 161 Abs. 2 (geändert)

² Zur Grundstückserschliessung nötige Trottoirs, Wege und vom Fussgängerverkehr beanspruchte Randzonen von Strassen und Plätzen sind von den Eigentümerinnen und Eigentümern der angrenzenden Grundstücke gangbar zu machen und nach dem Auftauen von Streumittelresten zu befreien. Zuwiderhandlungen werden mit Busse bestraft.

15. Energiegesetz¹⁷⁾ (EnG) vom 16. November 2016¹⁸⁾ (Stand 1. Oktober 2017) wird wie folgt geändert:

Titel nach § 40 (neu)

IX^{bis} Strafbestimmungen

§ 40a (neu)

¹ Wer den Energiesparvorschriften zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft.

16. Gesetz über die Industriellen Werke Basel (IWB-Gesetz) vom 11. Februar 2009¹⁹⁾ (Stand 26. Februar 2017) wird wie folgt geändert:

Titel nach § 37 (neu)

VIII. 3. Strafbestimmungen

¹⁵⁾ SG 724.100 ¹⁶⁾ SG 730.100 ¹⁷⁾ Titel redaktionell beigelegt ¹⁸⁾ SG 772.100 ¹⁹⁾ SG 772.300



§ 37a (neu)

¹ Mit Busse wird bestraft, wer:

- a) den Vorschriften über die Einrichtungen oder die Abgabe von Gas, Wasser, Elektrizität und Fernwärme zuwiderhandelt;
- b) Träger elektrischer Leitungen oder öffentliche Kandelaber besteigt;
- c) unbefugt Hydranten, die Schlösser an Brunnen und Brunnenstuben öffnet oder den Lauf eines öffentlichen Brunnens verändert.

17. Umweltschutzgesetz Basel-Stadt (USG BS) vom 13. März 1991²⁰⁾ (Stand 28. Dezember 2014) wird wie folgt geändert:

§ 51a (neu)

Strafbestimmungen

¹ Mit Busse wird bestraft, wer den Vorschriften dieses Gesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt, soweit nicht anderes Recht zur Anwendung gelangt, namentlich wer:

- a) den Vorschriften über die Kehrriechtabfuhr zuwiderhandelt;
- b) den Vorschriften über die Stadtsauberkeit und Abfallvermeidung zuwiderhandelt;
- c) verwertbare Abfälle oder Sonderabfälle wiederholt oder in schwerwiegender Weise mit dem Siedlungsabfall vermischt;
- d) gegen die Rücknahmepflicht für Sonderabfälle verstösst;
- e) Siedlungs- oder Sonderabfälle aus Industrie oder Gewerbe nicht nach diesem Gesetz wiederverwertet oder beseitigt;
- f) Baustellenabfälle nicht nach diesem Gesetz wiederverwertet oder beseitigt;
- g) Abfälle auf eine verbotene Art beseitigt;
- h) eine Abfallanlage ohne Bewilligung betreibt oder über den Betrieb und seine Auswirkungen nicht ordentlich berichtet;
- i) Abfälle nicht der von der kantonalen Behörde zugewiesenen Abfallanlage zuführt;
- j) Böden wiederholt oder in schwerwiegender Weise schädigt;
- k) die vorgeschriebenen Bodenuntersuchungen nicht durchführt;
- l) gegen die Bestimmungen über die Untersuchung, Meldung und Behandlung von verunreinigtem Aushub verstösst;
- m) vorschriftswidrig Auftaumittel verwendet.

² Versuch und Gehilfenschaft sind strafbar.

³ Vorsätzliche Übertretungen werden mit Busse bis zu Fr. 40'000 bestraft, fahrlässige Übertretungen mit Busse bis zu Fr. 10'000. Die urteilende Behörde ist nicht an diesen Betrag gebunden, wenn die Täterin oder der Täter aus Gewinnsucht handelt.

⁴ Art. 6 und 7 des Bundesgesetzes über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR) vom 22. März 1974 finden auf Übertretungen nach diesem Gesetz sinngemäss Anwendung.

18. Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz vom 25. Januar 1995²¹⁾ (Stand 1. Juli 1995) wird wie folgt geändert:

§ 27 Abs. 1 (geändert)

¹ Wer den Vorschriften dieses Gesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen oder gestützt darauf erlassenen Vorschriften und Anordnungen der zuständigen Behörden zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft.

²⁰⁾ SG 780.100 ²¹⁾ SG 789.100

19. Baumschutzgesetz (BSchG) vom 16. Oktober 1980²²⁾ (Stand 29. November 2009) wird wie folgt geändert:

§ 23 Abs. 1 (geändert)

¹ Wer den Vorschriften dieses Gesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt, namentlich wer einen geschützten Baum ohne Bewilligung beseitigt oder beschädigt, wird mit Busse bestraft.

20. Gesetz über öffentliche Ruhetage und Ladenöffnung (RLG) vom 29. Juni 2005²³⁾ (Stand 1. Juli 2016) wird wie folgt geändert:

§ 12 Abs. 1 (geändert)

Strafbestimmungen (Überschrift geändert)

¹ Wer den Vorschriften dieses Gesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen sowie den gestützt darauf erlassenen Vorschriften und Anordnungen der zuständigen Behörden zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft.

21. Gesetz über die Wohnraumförderung (Wohnraumförderungsgesetz, WRFG) vom 5. Juni 2013²⁴⁾ (Stand 1. Juli 2014) wird wie folgt geändert:

§ 20 Abs. 1 (geändert)

¹ Wer den Vorschriften dieses Gesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft, namentlich wer:

- a) (geändert) vorsätzlich durch unwahre oder unvollständige Angaben oder in anderer Weise zu Unrecht eine Bewilligung bzw. staatliche Leistungen nach diesem Gesetz erwirkt;
- b) (geändert) vorsätzlich Bedingungen oder Auflagen missachtet, die mit einer Bewilligung bzw. staatlichen Leistung verbunden sind.

22. Waldgesetz Basel-Stadt (WaG BS) vom 16. Februar 2000²⁵⁾ (Stand 1. Januar 2008) wird wie folgt geändert:

§ 37 Abs. 1 (geändert)

¹ Wer den Vorschriften dieses Gesetzes oder seiner Ausführungsbestimmungen oder den gestützt darauf erlassenen Vorschriften und Anordnungen der zuständigen Behörden zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft.

23. Gesetz über die Fischerei im Kanton Basel-Stadt²⁶⁾ vom 13. Dezember 1978²⁷⁾ (Stand 1. Januar 2002) wird wie folgt geändert:

§ 4 Abs. 1 (geändert)

¹ Wer den Vorschriften dieses Gesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft, soweit nicht anderes Recht zur Anwendung gelangt.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

²²⁾ SG 789.200 ²³⁾ SG 811.100 ²⁴⁾ SG 861.500 ²⁵⁾ SG 911.600

²⁶⁾ Vom Eidgenössischen Departement des Innern genehmigt am 5.3.1979 ²⁷⁾ SG 912.500



IV. Schlussbestimmung

Dieses Gesetz ist zu publizieren; es unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Auf den gleichen Zeitpunkt wird das Übertretungsstrafgesetz vom 15. Juni 1978 aufgehoben.

Basel, den 13. Februar 2019

NAMENS DES GROSSEN RATES
Der Präsident: Dr. Heiner Vischer
Der I. Sekretär: Beat Flury

Informationen zur Stimmabgabe

Briefliche Stimmabgabe

Legen Sie den Stimmzettel und den Stimmrechtsausweis (Abschnitt mit blauer Schrift) ins Couvert. Das Adressfenster mit der Rücksendeadresse muss dabei sichtbar sein. Übergeben Sie das Couvert unfrankiert der Post.

Wir empfehlen Ihnen, das Couvert bis spätestens am Dienstag vor dem Abstimmungstermin einzuwerfen. Es muss bis am Abstimmungssamstag, **23. November 2019, 12.00 Uhr**, bei der zuständigen Stelle eingetroffen sein. Später eingehende Stimmabgaben werden nicht mehr berücksichtigt.

Sie können Ihr Couvert bis am Abstimmungssamstag, **23. November 2019, 12.00 Uhr**, auch persönlich in den Briefkasten Ihrer Gemeinde werfen. Das Stimmrecht darf nur in der Wohngemeinde ausgeübt werden.

- ▶ **Basel**, Rathaus, Marktplatz 9
(Die Tore zum Hof werden nachts ab 19.00 Uhr geschlossen)
- ▶ **Riehen**, Gemeindehaus, Wettsteinstrasse 1 und
Rauracher-Zentrum, Zugang In den Neumatten 63
- ▶ **Bettingen**, Gemeindehaus, Talweg 2

Persönliche Stimmabgabe an der Urne

Den Stimmrechtsausweis (Abschnitt mit grüner Schrift) und den Stimmzettel können Sie in einem der Wahllokale zu den angegebenen Zeiten abgeben.

Die Stimmabgabe an der Urne muss persönlich erfolgen und kann nicht an eine andere Person delegiert werden.

Öffnungszeiten der Wahllokale

Das Stimmrecht darf nur in der Wohngemeinde ausgeübt werden.

Basel

- ▶ Rathaus, Marktplatz 9, ☎
- ▶ Hotel Gaia, Centralbahnstrasse 13/15, ☎
(Bitte Eingang an der Heumattstrasse benutzen)
- ▶ Polizeiwache Clara, Clarastrasse 38, 2. Stock, ☎
Samstag, 23. November 2019, 14.00 –17.00 Uhr
Sonntag, 24. November 2019, 09.00 –12.00 Uhr

Riehen

- ▶ Gemeindehaus, Wettsteinstrasse 1, ☎
Sonntag, 24. November 2019, 10.00 –12.00 Uhr

Bettingen

- ▶ Gemeindehaus, Talweg 2, ☎
Sonntag, 24. November 2019, neu: 10.30 –11.00 Uhr

Verlust von Abstimmungsunterlagen

Stimmberechtigte, die glaubhaft machen, ihren Stimmrechtsausweis nicht erhalten oder verloren zu haben, können bis spätestens Freitag, **22. November 2019, 16.00 Uhr**, in ihrer Wohngemeinde neue Abstimmungsunterlagen beziehen:

- ▶ **Basel bei Wahlen und Abstimmungen**
Marktplatz 9, Telefon 061 267 48 68
- ▶ **Riehen bei der Gemeindeverwaltung**
Wettsteinstrasse 1, Telefon 061 646 81 11
- ▶ **Bettingen bei der Gemeindeverwaltung**
Talweg 2, Telefon 061 267 00 99

Weitere Informationen

Weitere Informationen erhalten Sie unter:
www.abstimmungen.bs.ch

Für aktuelle Resultate folgen Sie uns auf twitter.com/baselstadt
oder besuchen Sie uns auf facebook.com/Rathaus.Basel.

Herausgeber

Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt
Staatskanzlei, Kommunikation
Rathaus, Marktplatz 9, 4001 Basel
www.bs.ch

Basel, September 2019

Vorlage 1

Totalrevision des Übertretungsstrafgesetzes

Regierungsrat und Grosse Rat empfehlen Ihnen, **JA** zu stimmen.